DEC 29 1939

Abend-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

6. Jahrg. 1939	Berlin, Sonnabend, 25. November	Nr. 1657

Das Ergebnis des II. Opfersonntages: 11,8 Millionen RM.

Berlin, 25. November. Wieder hat das deutsche Volk an der inneren Front zwei Schlachten geschlagen, die Herrn Chamberlain beweisen, daß es mit der von ihm im Unterhaus festgestellten „erfreulich losen" Bindung zwischen Adolf Hitler und dem deutschen Volk doch etwas anders aussieht, als sich das ein weltfremdes britisches Gehirn ausmalt.

Sowohl das Ergebnis des zweiten Opfersonntages als auch das der von SA., SS, NSKK. und NSFK. durchgeführten zweiten Reichsstraßensammlung haben eine Opferbereitschaft des deutschen Volkes gezeigt, die wahrlich das Ergebnis einer sozialen Volksabstimmung ausdrückt.

Dolche und Schwerter als Symbole nationalsozialistischen Kampfwillens erbrachten in Großdeutschland eine Summe von 9 015 032,08 RM. Das sind nicht nur rund 4 Millionen RM mehr, als 25 Millionen Abzeichen mal dem nominellen „Preis" von 0,20 RM je Stück erbringen müßten, sondern auch noch 2 289 858,85 RM mehr als das Ergebnis der zweiten Reichsstraßensammlung des Vorjahres, die mit 6 725 173,23 RM abschloß. Gegenüber der zweiten Reichsstraßensammlung des Vorjahres ist also eine Steigerung um 34,05 vom Hundert zu verzeichnen.

Auch der zweite Opfersonntag des großdeutschen Volkes hat den zweiten Eintopfsonntag des Vorjahres bei weitem übertroffen. Hier gab das deutsche Volk am 12. November die Antwort auf das Attentat vom 8. November in München. 11 873 854,41 RM zeichnete es in die Listen der Politischen Leiter und der NSV.-Blockwalter, das sind 3 418 726,68 RM mehr als das Ergebnis des zweiten Eintopfsonntages im Winterhilfswerk 1938/39, der damals 8 455 127,76 RM erbrachte.

An diesem Aufkommen waren das Altreich mit 10 287 493,05 RM oder 53,05 Pfg. je Haushalt beteiligt, die deutsche Ostmark mit 1 097 059,56 RM oder sogar 59,58 Pfg. je Haushalt, während der noch im Aufbau begriffene Sudetengau mit 498 301,83 RM oder 49,95 Pfg. je Haushalt das wohl bescheidlichste Opfer brachte, denn er erhöhte gegenüber dem ersten Opfersonntag das Ergebnis um mehr als 150 000 RM.

So ist nicht nur gegenüber dem zweiten Eintopfsonntag des Vorjahres eine Steigerung um 40,43 v. H. oder je Haushalt von 38,29 Pfg. auf 53,38 Pfg. zu verzeichnen, sondern sogar noch gegenüber dem ersten Opfersonntag des Kriegs-Winterhilfswerkes ein um 669 883,38 RM höheres Ergebnis erzielt worden. Das ist um so erstaunlicher, als es eine Erfahrungstatsache ist, daß bisher immer im ersten Monat eines Winterhilfswerkes bessere Ergebnisse als im zweiten Monat erzielt wurden.

Diese Erfahrung wurde erstmalig am zweiten Opfersonntag des Kriegs-Winterhilfswerkes umgestoßen: um 5,98 vom Hundert übersteigt das Ergebnis des zweiter Opfersonntages das des ersten Opfersonntages. Damit steht der Opfersonntag des November 1939 an der Spitze aller bisherigen Eintopf- und Opfersonntage aller Winterhilfswerke.

Rund 20,9 Millionen opferte allein im November 1939 das deutsche Volk für das Kriegswinterhilfswerk. Auch eine an großen Zahlen gewöhnte Zeit darf darüber nicht leichtfertig hinweglesen. Welch geradezu ungeheure soziale Kraft und Energie mit dieser Summe entfesselt werden kann, das erläutert am besten das Beispiel, daß die NSV. mit ihr mehr als 5000 Gemeindeschwesternstationen errichten und ein ganzes Jahr lang unterhalten kann. 5000 Burgen der Gesundherhaltung und der sozialen Fürsorge hat sich das deutsche Volk mit dieser aus Groschen und Mark zusammengetragenen Summe selbst geschenkt. Aber mehr noch verlangt die NS.-Volkswohlfahrt als das materielle Opfer, das sich in dieser Summe ausdrückt: die besten Töchter des Volkes, die nach einer aus den Mitteln, die das Volk der NSV. anvertraut, ermöglichten kostenlosen Ausbildung in die Reihen der Schwesternorganisationen der NS.-Volkswohlfahrt treten, auf diesen Gemeindestationen Dienst am Volk im besten Sinne des Wortes zu leisten.

Barbarische Auswüchse britischer Kriegsführung.

Berlin, 25. November. Schon im Weltkrieg haben sich die Engländer durch gemeine und barbarische Verwendung von U-Boot-Fallen ausgezeichnet. Das deutsche U-Boot, das jetzt einem solchen hinterlistigen Anschlag ausgesetzt war, beglückwünschen wir daher zu der Vernichtung dieses heimtückischen Gegners ganz besonders. Der Vorfall ist typisch für die britische Heuchelei, mit der die barbarischen Auswüchse britischer Kriegsführung als sogenannte erlaubte Kriegslist verteidigt werden, während gleichzeitig eine wilde Aktion gegen den deutschen Minenkrieg im Gange ist, der genau nach Völkerrecht geführt wird.

Besonders verwerflich ist die Tarnung der U-Boot-Falle als holländischer Dampfer im gegenwärtigen, für die Beziehungen zwischen England und Holland kritisch gewordenen Zeitpunkt. Genau wie die Engländer die Neutralen mißbrauchten, sie in die Gefahrzone hineinerren und in ihre Convoys hineinzwingen wollen, um hinter neutralem Schutz auf den gefährdeten britischen Wasserstraßen einen Anspruch auf eigene Immunität gegen feindlichen Angriff zu erheben, genau so mißbraucht Churchills U-Boot-Falle jetzt die holländische Flagge ohne Rücksicht darauf, welche Gefahr hieraus für friedliche holländische Schiffe entstehen könnte.

Immunität verlangt England auch für seine bewaffneten Handelsdampfer, gibt aber den Kapitänen den Angriffsbefehl mit.

Auf alle diese Methoden erteilt die deutsche Kriegsführung selbstverständlich die entsprechende Antwort und wird gerade auch zum Schutze der Neutralen gegen die englische Barbarei und Heuchelei scharf vorgehen. Die Oeffentlichkeit ist über die deutsche Rechtsauffassung zu all diesen Fragen genau unterrichtet worden und die zahlreichen hierzu vorliegenden Auslandsstimmen beweisen, daß auch in der neutralen Welt die Verantwortung der britischen Regierung und Admiralität für die Verschärfung des Seekrieges erkannt ist.

England Ziel: Diktatur über den Welthandel.

Berlin, 25. November. In der Pariser Zeitung **Ordre** schrieb vor einigen Tagen Werthing über die bisherigen Methoden der Westmächte zur Störung der deutschen Wirtschaft und nannte dabei erneut die Konterbande-Kontrolle, dann massenweise Einkäufe von Waren im neutralen Ausland zu dem Zweck, Deutschland an seiner Versorgung zu hindern und schließlich Verhandlungen mit neutralen Ländern, wobei versucht worden sei, diese Länder durch Entschädigungen von einer Erhöhung ihres normalen Handelsaustausches mit Deutschland abzubringen.

Aus diesem freimütigen Eingeständnis ist also klar ersichtlich, daß man seitens der Westmächte versucht hat, die neutralen Staaten durch Entschädigungsversprechen zu bestechen, damit diese ihren Handel mit Deutschland aufgeben sollten. Ebenso hat man auf den neutralen Märkten Großaufkäufe von Waren versucht, um auf diesem Wege eine Verdrängung Deutschlands vom Markt zu erreichen.

Es ist jedoch nicht unbekannt geblieben, daß diese Methoden ebensowenig wie die Konterbandenkontrolle zum gewünschten Erfolg geführt haben. Die neutralen Länder haben bereits deutlich erkannt, daß eine Verdrängung Deutschlands von ihren Märkten ein Verschwinden des Wettbewerbs und das Zugeständnis eines Aufkauf-Monopols für die Westmächte bedeuten würde. Aus einer solchen Entwicklung ergebe sich dann für England und Frankreich ohne Schwierigkeiten die Möglichkeit einer diktatorischen Festsetzung der Preise, das sich naturgemäß niemals zugunsten der neutralen Volkswirtschaften auswirken würde. Erst vor wenigen Tagen schrieb sogar die türkische Zeitung **Son Posta**, daß die englischen Ziele auf eine Diktatur über den Welthandel und die Preisbewegungen gerichtet seien.

Man hat auch bekanntlich in England selbst kein Hehl aus der Absicht gemacht, soweit möglich auf den neutralen Märkten eine für England günstige Preisregelung zu erzwingen, und beim Abschluß des britisch-französischen Wirtschaftsbündnisses wurde in der amtlichen Verlautbarung ausdrücklich erklärt, daß es durch den gemeinsamen Einkauf der beiden Partner und die Zusammenlegung der wirtschaftlichen Kräfte beider Länder leichter möglich sei, auf den neutralen Märkten für die Westmächte günstige Preisverhältnisse zu schaffen. Es sind auch bereits Beispiele dafür vorhanden, wie man in London und Paris diese erstrebten günstigen Preisverhältnisse auffaßt, denn es ist kein Geheimnis, daß London schon seit Monaten mit Argentinien über große Fleischkäufe verhandelt, die wegen der britischen Preisdruckversuche bis jetzt nicht zum Abschluß gekommen sind. Ebenso ist bekannt, daß sich auch für Rumänien das britische Preisdiktat nach der inzwischen eingetretenen starken Entwertung sehr verlustbringend und günstig auswirkt.

Die Einstellung der neutralen Länder zu den von den Westmächten unternommenen Versuchen ist angesichts solcher Aussichten für ihren Handel nicht sonderlich zustimmend. Es ist verständlich, daß sie es ablehnen, einen Handelsverkehr mit Deutschland aufzugeben, der ihnen nachweislich seit Jahren einen absolut gesicherten und in großem Umfange aufnahmefähigen Absatzmarkt sowie einen stetigen und günstigen Preisstand gebracht hat. Sie erkennen täglich deutlicher, daß sie dagegen nur für den Nutzen des Krieges einen vorübergehenden Absatz ihrer Erzeugnisse nach den Westmächten gewinnen und dafür ihre wirtschaftliche Selbständigkeit an ein die Preise und Absatzbedingungen festlegendes britisch-französisches Monopol eintauschen würden.

England stellt Weizenverkäufe unter Kontrolle.

Berlin, 25. November. Vom 1. Dezember ab werden in England, wie verlautet, Marktverkäufe von Weizen unter die Kontrolle des Lebensmittel-Ministeriums gestellt werden. Es wird verboten, mehr als ½ des in Großbritannien geernteten Weizens für andere Zwecke als für die Volksernährung zu verwenden.

Ernste schwedische Vorstellungen in London.

Stockholm, 25. November. Amtlich wird in Stockholm mitgeteilt: Zu Zusammenhang mit den englisch-schwedischen Verhandlungen in London wurde dort schwedischerseits ein ernster Schritt wegen der beabsichtigten Verschärfung des Handelskrieges gemacht und die schweren Folgen dieser Maßnahme für den Seehandel der neutralen Länder unterstrichen.

Schon im Spanienkrieg Terror des Secret Service.

Madrid, 25. November. Der Berliner Berichterstatter der Madrider Zeitung ABC berichtet ausführlich über die systematischen Sabotageakte des englischen Geheimdienstes auf deutschen, japanischen und italienischen Schiffen. Er betont, das verbrecherische Mittel der Sabotage sei schon im Spanienkrieg wirksam erprobt worden. Aber Deutschland sei auf alle Kriegsereignisse wohl vorbereitet.

Starkes Echo des deutschen U-Boot-Sieges in Spanien.

Madrid, 25. November. Die Torpedierung des neuen englischen Kreuzers „Belfast" mitten im Firth of Forth hat in der spanischen Hauptstadt die verdiente Würdigung gefunden. Alle Zeitungen veröffentlichen die Nachricht an hervorragender Stelle. Ebenso beschäftigt sich die gesamte Presse mit den katastrophalen Verlusten der Engländer an ihrer eigenen Küste infolge der Minenexplosionen. Auch die Proteste der neutralen Staaten gegen die unverschämte englische Exportblockade werden stark unterstrichen.

„Der Triumph des Guten im Unterhaus."

Mailand, 25. November. Zu den Beteuerungen namhafter englischer und französischer Staatsmänner, daß die Westdemokratien für das „Gute" und gegen das „Schlechte" kämpften, macht das Bologneser Blatt **Resto del Carlino** einige treffende Feststellungen.

In jedem Augenblick, schreibt die Zeitung, wiederholten Engländer und Franzosen diese Behauptung, sodaß es doch angebracht erscheine, zu untersuchen, welche Auffassungen man an den Ufern der Themse und Seine vom „Guten" und der „Zivilisation" habe.

Die Verschärfung der Blockade solle zunächst beiseite gelassen werden. Man werde in der Folgezeit sehen, wie sie gehandhabt werde und ob sie sich schädlicher für Deutschland oder für seine Feinde auswirken werde. Aber dem konservativen Unterhausabgeordneten Sweedley Crooke solle man ins Gesicht sehen, der für den Triumph des „Guten und der „Zivilisation" im Unterhaus in aller Oeffentlichkeit die These aufgestellt habe, deutsche Kriegsgefangene auf englische Schiffe zu bringen, damit Deutschland sich dem Zwiespalt gegenübersehe, entweder auf den Krieg auf den Meeren zu verzichten oder seine eigenen Soldaten töten zu lassen.

Gewiß habe Chamberlain den Vorschlag nicht angenommen, aber die ehrenwerten Herren Abgeordneten des britischen Unterhauses hätten nicht ein einziges Wort des Abscheus für ihren höchst zivilisierten Kollegen gefunden, der als guter Konservativer die Vorherrschaft seines Landes auf Kosten der Ermordung der Kriegsgefangenen „konservieren" möchte.

Die Einführung der Kleiderkarte in Deutschland sei gewiß eine wenig angenehme Maßnahme, die aber vom deutschen Volk mit bewundernswerter Disziplin hingenommen werde. Die Pariser Presse mache geschmackvolle Witzeleien über dieses Opfer, ohne zu bedenken, daß die Völker, die fähig seien, solche Opfer zu bringen, ein Recht darauf hätten, von Zivilisation zu sprechen. Die wackeren Senegalstreiter der französischen Armee, die für den Triumph des „Guten über das Böse" und der „Zivilisation über die Barbarei" von Frankreich nach dem alten Europa geholt worden seien, hätten allerdings das Wäsche- und Seifenproblem auf andere Weise gelöst.

30 Tote bei der Vernichtung der „Gipsy".

London, 25. November. Die Admiralität veröffentlicht eine Verlustliste des Zerstörers „Gipsy" Die Liste enthält die Namen eines Mannes, der an seinen Verletzungen starb, von 29 Mann, die vermißt werden und wahrscheinlich tot sind, von einem Offizier, der schwer und von zwei Offizieren, die leicht verwundet sind, sowie von einem Schwer- und neun Leichtverwundeten.

Japan droht nach London mit Gegenmaßnahmen.

Tokio, 25. November. Amtlich wird mitgeteilt, daß der japanische Botschafter in London am 24. November beauftragt wurde, einen scharfen Protest bei der englischen Regierung zu erheben gegen die beabsichtigte britische Vergeltungsmaßnahme gegenüber Deutschland wegen des angeblich uneingeschränkten Einsatzes von Minen.

Der Sprecher des Außenamts erklärte hierzu, daß nicht nur Japan, sondern auch andere neutrale Staaten wiederholt gegen die Methoden ihres Handels durch britische Konterbandemaßnahmen protestiert hätten. Seit Ausbruch des Krieges seien durch England die Rechte einer kriegführenden Macht weit überschritten worden. Im Falle einer Verletzung wichtiger japanischer Interessen durch britische Aktionen werde Japan gezwungen sein, Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Amerikas Industrie stellt sich um.

Warmsprings (Georgia), 25. November. Präsident Roosevelt, der hier zu einem kurzen Kurausenthalt eingetroffen ist, teilte der amerikanischen Presse mit, daß das im August geschaffene, aus führenden Industriellen zusammengesetzte Kriegsbeschaffungsamt die ihm gestellte Aufgabe, einen Plan zur Umstellung der amerikanischen Industrie auf Kriegsbedürfnisse zu entwerfen, abgeschlossen habe.

Das Kriegsbeschaffungsamt werde nunmehr wieder aufgelöst, daß würden die Mitglieder gebeten, wieder eine beratende Tätigkeit auszuüben, sobald die Munitionsämter der Wehrmachtsteile ihrer bedürften.

In einem Schreiben an den Vorsitzenden der New Yorker Industriellen, Stettinius, bricht Roosevelt die Ueberzeugung aus, daß der Entwurf des Kriegsbeschaffungsamtes bei der Verwollkommnung der Landesverteidigungspläne eine wesentliche Hilfe leisten werde.

Roosevelt ließ Pressevertretern gegenüber ferner durchblicken, daß die amerikanische Regierung den Gedanken erwäge, eine Sonderteuer zur Finanzierung der zusätzlichen Ausgaben für die Landesverteidigung zu erheben. Die Wehrausgaben würden, wie Roosevelt erklärte, im kommenden Haushaltsjahr zwei Milliarden Dollar betragen. Die Weltlage bedinge eine Summe für Wehrzwecke, die um etwa 500 Millionen Dollar höher sei als die in diesem Jahre verfügbare. Die Finanzierungslage sei zur Zeit noch unentschieden.

Wenn die benötigten Gelder durch Anleihen aufgebracht werden könnten, seien zusätzliche Steuern unnötig. Dagegen würden neue Wehrsteuern notwendig sein, falls man die Wehrausgaben laufend bestreite. Ein Teil der zusätzlichen 500 Millionen Dollar werde für die Vermehrung des Mannschaftsbestandes benötigt.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.